

# Der Minister und die Pflege

## Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Paderborn

**Paderborn. Es war kein leichter Auftritt für Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, als er am 8. September im Paderborner Rathaus mit 200 Pflegekräften aus dem Kreis Paderborn diskutierte. Doch der Politiker wurde am Ende von seinen Gesprächsteilnehmern mit Applaus verabschiedet. Die hoffen jetzt auf schnelle Veränderungen in der krisenhaften Pflegebranche.**



„Schließen sie sich zusammen, vertreten sie gemeinsam ihre Interessen.“ Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vor rund 200 Pflegekräften in Paderborn. (Foto: Flüter)

Der Bundesgesundheitsminister war auf Einladung der Wohlfahrtsverbände im Kreis Paderborn und vermittelt durch seinen Parteifreund, den Paderborner Bundestagsabgeordneten Carsten Linnemann, zu der Diskussion in die Bischofsstadt gekommen. Ausschließlich Mitarbeiter aus der Pflege waren ins Rathaus eingeladen worden.

Sie sollten die Möglichkeit

haben, über ihre Situation direkt mit dem Minister zu sprechen. Auch im Kreis Paderborn herrscht ein Pflegenotstand. Seit fast einem Jahr können die Pflegedienste nicht mehr alle Anfragen nach ambulanter Pflege annehmen. Das fällt auch auf die Pflegekräfte zurück, die über die Verdichtung der Arbeit klagen.

Jens Spahn will das ändern, schnell und im Schulterschluss mit den Pflegenden. Die Zeit des Anklagens und Jammerns in der Pflege soll vorbei sein. Das fördere nur das schlechte Image der Pflege und schreckt potentielle neue Mitarbeiter ab, warnt Spahn.

Seine Gastgeber in Paderborn teilen diese Überzeugung. „Fühlt sich richtig an“ behauptet der Slogan, den die Paderborner Wohlfahrtsverbände ihrer Werbung für die Pflege vorangestellt haben. Man wolle sich nicht immer an Defiziten orientieren, sondern gemeinsam „nach vorne schauen“, hatte Patrick Wilk, Vorstand des Caritasverbandes Paderborn und Sprecher der Wohlfahrtsverbände im Kreis Paderborn, zur Begrüßung gesagt. Landrat Manfred Müller, Schirmherr der Pflegekampagne, bekräftigte die Attraktivität der Pflegeberufe: „Das sind Berufe mit Zukunftsperspektive.“

„Ideen“ und „Emotionen“ wie diese brauche man, betonte Jens Spahn. Spahn hat in den vergangenen Monaten bereits eine lange Liste von Maßnahmen angestoßen oder schon durchgesetzt. In Paderborn zählte er sie auf: 13 000 neue Pflegekräfte sollen in der stationären Altenpflege hinzukommen, eine Ausbildungsoffensive wird folgen, Teilzeitkräften, Quereinsteigern und Arbeitnehmern aus dem Ausland soll es leichter gemacht werden, einen Job in der Pflege anzunehmen. Den Kliniken hat der Bundesgesundheitsminister Untergrenzen für das Pflegepersonal diktiert und die Krankenkassen dazu verpflichtet, das Geld für die neuen Kräfte zusätzlich zu zahlen.

Manches sahen die Pflegekräfte in Paderborn durchaus kritisch. Woher sollen die neuen Kollegen kommen, wurde gefragt. Dass zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern von den Krankenkassen finanziert werden sollen, sei schön und gut. Aber warum geschehe das nicht auch mit der ambulanten Pflege? Auch dort würden Pflegende dringend gesucht. Und überhaupt reichten 13 000 zusätzliche Pflegekräfte nicht aus. Jens Spahn sprach in Paderborn selbst von 50 000 bis 70 000 fehlenden Pflegekräften.

Nicht alles sei sofort lösbar, antwortete der Minister den Skeptikern. Aber man wolle in kleinen Schritten, mit konkreten Maßnahmen und Verbesserungen vorangehen. Erste Folgen sollen in einigen Monaten bemerkbar werden. Bis dahin könne es im politischen Prozess durchaus „mal ruckeln“, sagt der alles andere als konfliktscheue Spahn: „Sonst passiert nichts.“

Wie er sich das vorstellt, erläuterte der Minister am Beispiel Personaluntergrenze in den Krankenhäusern. Wenn Kliniken dagegen „strukturell“, also dauerhaft, verstoßen, droht den entsprechenden Abteilungen die Schließungen. Spahn selbst lässt schon jetzt die Muskeln spielen, um zu zeigen, wer in diesem Konflikt der Stärkere wäre: „Ich stehe das durch.“

Auch bei der Abrechnung der ambulanten Pflegedienste mit den Krankenkassen will er eingreifen. Bislang legen die Krankenkassen nicht oder nur ungern den – höheren - Tariflohn von Pflegekräften bei der Berechnung der Pflegehonorare zugrunde. „Das wird sich bis zum 1. Januar 2019 ändern“, versprach Jens Spahn in Paderborn. Für Fachleute, die das seit Jahren vergeblich fordern, ist diese Ansage eine kleine Sensation.

Vieles was undenkbar schien, könnte mit einem solchen Gesundheitsminister möglich werden. Seinen Zuhörern im Paderborner Rathaus gab der Politiker Jens Spahn schon mal einen Tipp, wie sie sich und die Belange der Pflege besser durchsetzen können. Pflegekräfte würden nicht organisiert auftreten, das schwäche ihre Position in der

Öffentlichkeit, sagte er: „Schließen sie sich zusammen, vertreten sie gemeinsam ihre Interessen.“ Karl-Martin Flüter